



Offenlegung nach § 26 BWG

Gemäß § 26 BWG haben Kreditinstitute zumindest einmal jährlich Informationen über

- Organisationsstruktur
- Risikomanagement
- Risikokapitalsituation

offenzulegen.

Die quantitative Offenlegung erfolgt auf Basis der Daten des Jahresabschlusses zum 31.12.2011.

Risikomanagement

Gemäß § 39 BWG besteht ein Risikomanagementsystem, das alle wesentlichen bankgeschäftlichen und bankbetrieblichen Risiken umfasst.

Die Steuerung der Risiken ist in angemessener Weise in ein übergreifendes Verfahren der Gesamtbanksteuerung eingegliedert, in dem die unterschiedlichen Risikoarten (Adressenausfalls-, Markt-, operationelle Risiken etc.) berücksichtigt werden.

Unter Berücksichtigung der verbundeinheitlichen Richtlinien wurde für das Risikomanagement und das Risikolimitsystem in Abhängigkeit von der Risikoverkrafung und der Risikosituation eine Risikostrategie durch die Österreichische Apothekerbank festgelegt.

Für die Begrenzung der einzelnen Risiken ist ein Limitsystem implementiert, in das neben den Kreditrisiken die Risikobeiträge aus den Wertpapieren, dem Zinsänderungsrisiko, dem Beteiligungsrisiko und dem operationellen Risiko einfließen. Risiken innerhalb des Volksbankensektors und gegenüber der Republik Österreich unterliegen keiner Limitierung.

Die Maßnahmen zur Begrenzung der Risiken werden unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Österreichischen Apothekerbank strukturiert und in angemessenen Abständen überprüft.

Risikostrategie der Österreichischen Apothekerbank

Die Risikostrategie umfasst die allgemeine Identifikation von Risiken sowie die Beurteilung, ob die einzelnen Risiken für die Bank als wesentlich einzustufen sind. In der Risikostrategie werden in Übereinstimmung mit sektoral entwickelten Vorgaben auch die Methoden zur Messung und Aggregation der Risiken festgelegt.

Im Rahmen der Risikostrategie definiert die Bank in einem jährlichen Zyklus ein Risikobudget und Risikolimits. Die Überwachung der Einhaltung der Limits erfolgt laufend und wird quartalsweise, anlassbezogen auch in kürzeren Abständen, vom Vorstand behandelt.

Die wesentlichen Risiken

Kreditrisiken

Die Festlegung der Risikostrategie im Bereich Kredit erfolgt unter Berücksichtigung der Art, des Umfangs und des Risikogehalts der Geschäfte und umfasst alle Geschäfte, die ein Ausfallsrisiko beinhalten. Die Risikostrategie im Kreditrisiko umfasst beispielsweise

- eine Planung nach Kreditarten/Geschäftsarten,
- eine Darstellung der Verteilung nach Ratingklassen
- sowie nach Größenklassen.



Die für das Adressenausfallsrisiko eines Kreditgeschäfts bedeutsamen qualitativen und quantitativen Aspekte werden einer angemessenen Risikoanalyse unterzogen, wobei die Intensität dieser Tätigkeit von Art, Umfang, Komplexität und Risikogehalt des Engagements abhängt. Dazu ist ein strukturiertes Kreditantragswesen eingerichtet. Die zur Beurteilung herangezogenen Unterlagen werden von den zuständigen Mitarbeitern im vier-Augenprinzip überprüft.

Die Sektorbanken wenden für die Beurteilung der Adressenausfallsrisiken ab einer festgelegten Obligohöhe die VB-Rating-Instrumente an. Die Entwicklung der Methoden, das Risikoklassifizierungsverfahren und die Festlegung der Kriterien zur Ermittlung der Ratings erfolgt durch Verbundeinrichtungen. Diese führen auch eine regelmäßige Überprüfung der Aussagen aus den Ratinginstrumenten durch.

Anhand der sich aus dem Rating ergebenden Ausfallswahrscheinlichkeiten wird für die Kredite, unter Berücksichtigung korrespondierender Rahmen und der eingeräumten Sicherheiten nach Berücksichtigung von Belehnssätzen, der erwartete Verlust berechnet. Hinsichtlich des Ausfallsereignisses werden die Definitionen gemäß Basel II herangezogen. Die Verlustquote wurde mit 45 % des unbesicherten Obligos festgelegt. Zur Validierung der Verlustquote werden die tatsächlich eingetretenen Verluste und Kosten strukturiert erfasst.

Der unerwartete Verlust wird mit Hilfe einer Wahrscheinlichkeitsberechnung nach der Credit Value-at-Risk Methode (CVaR) der Firma zeb auf Basis der Arbeiten von Credit Swiss First Boston (CreditRisk+) errechnet. Das Konfidenzniveau wird sektoreinheitlich mit 99,9 % festgelegt.

Eine allfällige Verschlechterung der Bonität der Kreditnehmer während der Laufzeit der Kredite wird im Rahmen des Risikomanagements durch einen Laufzeitfaktor berücksichtigt und für Informationszwecke ausgewiesen.

Die Österreichische Apothekerbank beschränkt ihre Kreditvergaben im Wesentlichen auf den Bedarf der österreichischen Apotheker und deren Angestellte.

Zur Verbesserung der Kreditstreuung werden Kredite zum Teil konsortial mit dem Zentralinstitut abgewickelt.

Für die Kreditrisiken wird im Rahmen des Risikomanagements in gleicher Höhe Risikodeckungsmasse vorgehalten, sodass für den Fall des Eintritts vorgesorgt ist.

Dabei sollten die Risiken so limitiert werden, dass die regulatorisch notwendigen Eigenmittel zur Abdeckung der Risiken nicht benötigt werden und weiterhin unbelastet zur Verfügung stehen.

Das gesamte Kreditrisiko wird durch das sektorale Risikomanagementsystem im Rahmen des Frühwarnsystems quartalsweise überwacht. Maßnahmen zur Gegensteuerung unerwünschter Entwicklungen werden bei regelmäßigen Sitzungen der Geschäftsleitung mit den verantwortlichen Führungskräften beraten und durch die Geschäftsleitung beschlossen.

Fremdwährungsrisiken aus Fremdwährungskrediten werden durch eine währungsgleiche Refinanzierung und den Einsatz von Devisenswaps ausgeschlossen, bei Tilgungsträgerkrediten erfolgt eine laufende Überwachung der Entwicklung der Tilgungsträger. Künftig wird auch dem spezifischen Risiko aus Fremdwährungskrediten in einem eigenen Modell Rechnung getragen.

Marktpreisrisiken

Die Österreichische Apothekerbank verfolgt eine vergleichsweise konservative Veranlagungspolitik, die sektoralen Vorgaben über die Risikostreuung und das Veranlagungsuniversum folgt. Dabei werden die Veranlagungen vor allem bei Emittenten mit bester Bonität (Investment Grade) und in risikoreichen Produkten vorgenommen. Die sektoralen Vorgaben regeln auch die Zusammensetzung der Veranlagungen im Sinne einer risikoorientierten Anlagepyramide.

Marktpreisänderungen von nicht zinssensitiven Wertpapieren (Aktien, Immobilien usw.), Fungibilitätsrisiken, Fremdwährungsrisiken und Kontrahentenrisiken bei derivativen Geschäften mit Nichtbanken werden durch Risikopauschalen, die aus den Erfahrungen der Vergangenheit abgeleitet werden, berücksichtigt.



Das bedeutendste Risiko im Rahmen der Marktrisiken stellt das Zinsänderungsrisiko dar. Dieses wird mit Hilfe von SAP mit der Barwertmethode und der Zinsbindungsbilanz berechnet. Die statistische Barwertanalyse zeigt, wie sich der Barwert des Eigenkapitals unter verschiedenen Zinsszenarien entwickelt und welchen Einfluss unterschiedliche Absicherungsstrategien darauf haben. Zu diesem Zweck wird das Zinsänderungsrisiko der zinsgebundenen bzw. –sensitiven Aktiv- und Passivposten in insgesamt 20 unterschiedlichen Zinsszenarien ermittelt.

Die Zinsänderungsrisiken werden im Rahmen von regelmäßigen Aktiv-Passiv-Sitzungen gesteuert. Bei der Aktiv-Passiv-Steuerung werden derivative Finanzinstrumente in Form von Hedgegeschäften eingesetzt. Überdies werden liquiditätswirksame Finanzinstrumente zur Steuerung der Gesamtbankliquidität verwendet. Es werden die im § 69 Abs 3 BWG vorgesehenen Grenzen laufend beobachtet, um deren Einhaltung zu gewährleisten.

Die Marktpreisrisiken werden im Rahmen des Risikomanagements ebenfalls mit Risikodeckungsmasse unterlegt, sodass für den Fall des Eintritts vorgesorgt ist.

Operationelle Risiken

Betriebliche Risiken werden durch entsprechende organisatorische Vorgaben, die insbesondere auf eine Trennung von Markt und Marktfolge ausgerichtet sind, minimiert. Neben umfangreichen internen Richtlinien, Stellenbeschreibungen und Dienstweisungen werden die Risiken auch durch die Verwendung von geprüften Formularen sowohl im Kredit- als auch im Veranlagungsbereich reduziert.

Operationelle Risiken werden im Sektor bereits seit Jahren durch zahlreiche Maßnahmen wie das Führen einer Schadenfallsdatenbank, ein gemeinsames Rechenzentrum, eine Back-Office Gesellschaft, eigene Rechtsdatenbank, spezialisierte Schulungen über die Volksbankenakademie usw. begrenzt.

Darüber hinaus werden Systemprüfungen von der Innenrevision durchgeführt, ein Internes Kontrollsystem der wesentlichsten Prozesse installiert und so aufgezeigte Systemmängel einer umgehenden Bereinigung zugeführt.

Im Risikomanagement werden für die operationellen Risiken 0,2 % des erweiterten Geschäftsvolumens (Kredite, Primäreinlagen, Wertpapierdepots) als erforderliche Risikodeckungsmasse angesetzt.

Durch diverse Massnahmen, wie z.B. der Erhöhung des Risikobewusstseins der Mitarbeiter, der Durchführung von operationellen-Risiko-Klausuren, der Durchführung von Notfalls- bzw. Krisenplänen oder durch den Abschluss diverser Versicherungen kann das Risikobudget für operationelle Risiken reduziert werden.

Beteiligungsrisiko

Im Rahmen der Abbildung des Beteiligungsrisikos werden alle Anteile an anderen Unternehmen berücksichtigt, die bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer länger dauernden Verbindung, zu dienen. Ein einheitliches Beteiligungsmanagement für alle Arten von Beteiligungen ist aufgrund der Unterschiedlichkeit der Beteiligungen und aufgrund der unterschiedlichen Ziele, die die Bank damit verfolgt, nicht zielführend. Die Messung von Beteiligungsrisiken wird aufgrund der Heterogenität und der gebotenen Anforderung an ein effizientes aber auch effektives Modell für die typischerweise gehaltenen Beteiligungen einer Sektorbank daher individuell je Beteiligungskategorie vorgenommen.

- Eine „kreditersetzende“ Beteiligung wird im Rahmen des Kreditrisikos abgebildet.
- Eine „veranlagungsorientierte“ Beteiligung wird im Rahmen des Marktpreisrisikos abgebildet.
- Eine „bankbetriebsorientierte“ Beteiligung ist im Rahmen des operationellen Risikos abgedeckt.
- Eine „geschäftorientierte“ Beteiligung wird im Gesamtbank-Risikomanagement der Bank einbezogen.
- Eine „sektoralbedingte“ Beteiligung wird im Rahmen eines pauschalen Abschlages des Buchwertes abgebildet, der je nach Szenario unterschiedlich ist und im Sektor einheitlich vorgegeben wird. In diese Beteiligungsart fällt auch die Beteiligung an dem Spitzeninstitut.



Das spezifische Beteiligungsrisiko an dem Spitzeninstitut ÖVAG wird im Berichtsjahr 2011 weitgehend bereinigt. Der Beteiligungsansatz wird in der Bilanz entsprechend reduziert.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko wird grundsätzlich im Rahmen der sektoralen Aufgabenverteilung innerhalb des Verbundes satzungsgemäss dem Spitzeninstitut ÖVAG überantwortet. Allerdings steigen diesbezüglich auch nicht zuletzt durch die geforderten gesetzlichen Massnahmen die Anforderungen an jede einzelne Sektorbank. Dem Rechnung zu tragen, werden diverse Auswertungen der Liquiditätserfordernisse innerhalb der nächsten 13 Monate in der Österreichischen Apothekerbank genau erhoben und zur Liquiditätssteuerung im Verbund an die ÖVAG übermittelt. Dieses System zur vertieften Liquiditätsplanung ist 2011 im gesamten Verbund zum Einsatz gekommen.

Gegenüberstellung der Risiken mit der Risikodeckungsmasse der Bank

In regelmäßigen Abständen (mindestens quartalsweise) werden alle wesentlichen Risiken nach sektoralen Vorgaben erfasst und zu einer Gesamtrisikodarstellung zusammengeführt. Dabei werden die errechneten Risikopotentiale der Risikodeckungsmasse der Bank gegenübergestellt.

Die Risikodeckungsmasse ergibt sich vor allem aus gebildeten Vorsorgen, dem adaptierten geplanten Betriebsergebnis und frei verfügbaren Eigenmitteln, soweit diese 9 % der Bemessungsgrundlage (einschließlich der Eigenmittel für operationelle Risiken) übersteigen. Damit ist sichergestellt, dass auch der sehr unwahrscheinliche Fall, dass alle Risiken innerhalb eines Jahres gleichzeitig eintreten, abgedeckt ist und noch immer mehr Eigenmittel vorhanden sind, als gesetzlich erforderlich ist.

Stress-Szenarien

Zur Überprüfung einer ausreichenden Risikotragfähigkeit der Bank wird die äußerst streng reglementierte Risikosituation durch verschiedenen Ausfallsszenarien in möglichen Stress-Situationen errechnet und ebenfalls mit Risikodeckungsmasse hinterlegt. So wird das Kreditrisiko in verschiedene realwirtschaftliche Szenarien, zusätzliche Zinsszenarien sowie höhere Pauschalansätze bei den Marktpreisrisiken und operationellen Risiken nochmals gestresst (Stress-Szenarien). Im Bereich der Beteiligungsrisiken werden weitere buchhalterische Abwertungen bei strategischen Beteiligungen unterstellt. Dadurch soll auch die Einhaltung des gemäß Basel II vorgeschriebenen ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process) in Stress-Szenarien nachgewiesen werden.

Risikosituation

Die Risikosituation der Österreichischen Apothekerbank wird aufgrund der oben dargestellten Massnahmen und der Ergebnisse aus dem Risikomanagement sowie aufgrund des Vergleichs mit anderen gleichartigen Sektorbanken als gut beurteilt.

Eigenmittelstruktur

Auf die Geschäftsanteile wird jährlich eine Dividende ausbezahlt, die von der Generalversammlung beschlossen wird.

PS-Kapital:

Emissionsvolumen: € 5.000.000,--

Laufzeit: unendlich

Ergänzungskapitalanleihe 2007-2016/AT0000A07HP3

Emissionsvolumen: € 2.470.000,--

Laufzeit: 25.01.2016

Verzinsung: vom 25.10.2007 bis einschließlich 24.01.2009 5,625 % p.a.,
danach 0,875 % p.a. über dem Durchschnitt des 3-Monats Euribor des vorangegangenen Quartals, kaufmännisch gerundet auf zwei Nachkommastellen



Kündigungsmöglichkeit: Kundenseitig nicht gegeben
Nachrangigkeit ist gegeben

Ergänzungskapitalanleihe 2009-2017/AT0000A0DHH4

Emissionsvolumen: € 1.850.000,00

Laufzeit: 30.06.2017

Verzinsung: vom 01.05.2009 bis einschließlich 30.06.2017 4 % p.a.,
danach 0,875 % p.a. über dem Durchschnitt des 3-Monatseuribor im Juni,
kaufmännisch abgerundet auf den nächsten 1/8 Punkt

Kündigungsmöglichkeit: Kundenseitig nicht gegeben
Nachrangigkeit ist gegeben

Ergänzungskapitalanleihe 2010-2019/AT0000A0LZ01

Emissionsvolumen: € 1.940.000,00

Laufzeit: 15.03.2019

Verzinsung: vom 15.12.2010 bis 14.12.2011 3 % p.a., ab dem 15.12.2011 bis Laufzeitende 1 %
p.a. über dem Durchschnitt des 3 Monatseuribor des Vorquartals, kaufmännisch ge-
rundet auf den nächsten 1/8 Punkt, min. 2,5 % p.a.

Kündigungsmöglichkeit: Kundenseitig nicht gegeben
Nachrangigkeit ist gegeben

Ergänzungskapitalanleihe 2011-2020/Tranche 1/AT0000A0S632

Emissionsvolumen: € 1.400.000,00

Laufzeit: 15.02.2020

Verzinsung: vom 15.11.2011 bis 14.11.2012 5 % p.a., ab dem 15.11.2012 bis Laufzeitende
0,75 % p.a. über dem Durchschnitt des 3 Monatseuribor des Vorquartals, kaufmänn-
nisch gerundet auf den nächsten 1/8 Punkt, min. 3 % p.a.

Kündigungsmöglichkeit: Kundenseitig nicht gegeben
Nachrangigkeit ist gegeben

Ergänzungskapitalanleihe 2011-2020/Tranche 2/AT0000A0S640

Emissionsvolumen: € 2.000.000,00

Laufzeit: 15.02.2020

Verzinsung: vom 15.11.2011 bis 14.11.2012 5 % p.a., ab dem 15.11.2012 bis Laufzeitende
0,75 % p.a. über dem Durchschnitt des 3 Monatseuribor des Vorquartals, kaufmänn-
nisch gerundet auf den nächsten 1/8 Punkt, min. 3 % p.a.

Kündigungsmöglichkeit: Kundenseitig nicht gegeben
Nachrangigkeit ist gegeben

Ergänzungskapitalanleihe 2011-2020/3/AT0000A0T7P6

Emissionsvolumen: € 1.100.000,00

Laufzeit: 28.03.2020

Verzinsung: vom 28.12.2011 bis 27.12.2012 5 % p.a., ab dem 28.12.2012 bis Laufzeitende
0,75 % p.a. über dem Durchschnitt des 3 Monatseuribor des Vorquartals, kaufmänn-
nisch gerundet auf den nächsten 1/8 Punkt, min. 3 % p.a.

Kündigungsmöglichkeit: Kundenseitig nicht gegeben
Nachrangigkeit ist gegeben

Nachrangkapitalanleihe 1994/AT0000167101

Emissionsvolumen: € 3.630.775,37



Laufzeit: unbegrenzt

Verzinsung: vom 22.6.1994 bis 22.06.1995 7,25 % p.a., danach 0,35 % p.a. über der Sekundärmarktrendite für Anleihen im weiteren Sinn (Tabelle 5.4 im Statistischen Monatsheft der Oesterreichischen Nationalbank), abgerundet auf das nächste 1/8 %

Kündigungsmöglichkeit: gegeben

Nachrangigkeit ist gegeben

Kontrahentenausfallrisiko

Bei den Derivaten werden zur Absicherung Nachschussvereinbarungen getroffen (bzw. Angabe von anderen Sicherheiten).

Kredit- und Verwässerungsrisiko

Für Rechnungslegungszwecke werden folgende Definitionen verwendet:

ausfallsgefährdet: Eine Forderung gilt dann als ausfallsgefährdet, wenn nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung die Einbringlichkeit zweifelhaft ist.

überfällig: Forderungen, bei denen seit mehr als 90 Tagen ein Zahlungsverzug besteht

Zur Abdeckung der vorhandenen Kreditrisiken wurden Einzelwertberichtigungen zu Forderungen nach Maßgabe des UGB gebildet. Die Forderungen wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet und darauf aufbauend Vorsorgen unter Beachtung des Vorsichtsprinzips in ausreichendem Umfang gebildet.

Pauschale Wertberichtigungen wurden gebildet.

Rückstellungen werden unter Beachtung des Vorsichtsprinzips für alle im Zeitpunkt der Bilanzierung erkennbaren Risiken sowie die der Höhe und dem Grunde nach ungewissen Verbindlichkeiten mit den Beträgen berücksichtigt, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich sind.

Verwendung des Kreditrisiko-Standardansatzes

Die Berechnung des Eigenmittelerfordernisses für das Kreditrisiko erfolgt nach dem Standardansatz gemäß § 22a BWG

Als externe Ratingagenturen werden Moody's oder Standard & Poor's herangezogen. Das Rating wird für folgende Forderungsklassen in Anspruch genommen:

- Zentralstaaten und Zentralbanken
- Forderungen an Unternehmen
- Forderungen in Form von Investmentfondsanteilen

Das Verfahren zur Übertragung von Emittenten- und Emissionsratings auf Posten, die nicht Teil des Handelsbestandes sind, entspricht den Vorgaben des § 32 Solvabilitätsverordnung und wird standardmäßig auf derartige Posten durchgeführt.

Eigenmittelerfordernis für das Operationelle Risiko

Die Berechnung des Eigenmittelerfordernisses für das operationelle Risiko erfolgt nach dem Basisindikatoransatz gemäß § 22j BWG

Beteiligungspositionen außerhalb des Handelsbuches

Die Beteiligungen werden aus strategischen Überlegungen gehalten.

Die Beteiligungen werden als Anlagevermögen bilanziert und nach Maßgabe des § 204 UGB bewertet.



Verwendung von Kreditrisikominderungen

Zur Kreditrisikominderung werden nur die im Rahmen des § 22h BWG anerkannten Sicherheiten herangezogen.

Die Sicherheiten werden entsprechend der bestehenden gesetzlichen Vorgaben und internen Vorschriften bewertet und verwaltet.

Vergütungspolitik und –praktiken

Die Vergütungspolitik der Österreichischen Apothekerbank steht mit der Geschäftsstrategie, den Zielen, Werten und langfristigen Interessen des Kreditinstitutes in Einklang und beinhaltet Vorkehrungen zur Vermeidung von Interessenkonflikten.

Das Vergütungsmanagement im Rahmen des Personalmanagements der Österreichischen Apothekerbank erfolgt durch den Aufsichtsrat unter Einbindung der Personalstelle und weiterer Kontrollfunktionen.

Eine Überprüfung der Umsetzung der Grundsätze sowie der Vergütung erfolgt jährlich durch den Aufsichtsrat unter Einbindung der entsprechenden Kontrollfunktionen.

Die Vergütung erfolgt durch einen fixen und – abhängig von der Funktion – durch einen zusätzlich variablen Gehaltsteil und setzt sich im Wesentlichen aus folgenden Elementen zusammen:

- a. kollektivvertragliches Schemagehalt
- b. starre/valorisierbare/aufzehrbare Zulagen
- c. Überstundenpauschalien
- d. Erfolgs-/Leistungsprämien bei Erreichen vereinbarter Ziele
- e. Leistungsunabhängige Prämien nach leistungs- und ergebnisunabhängigen Kriterien

Leistungs-/Erfolgsprämien werden vereinbart, um den Gesamtbezug in einer modernen und vom Arbeitsmarkt erwarteten Form attraktiver zu gestalten.

Die erzielbaren Prämien sollen daher motivierend, angemessen und vertretbar sein.

Handelt es sich um Leistungsprämien steht das Gesamtergebnis im Vordergrund.

Soweit es funktionsbedingt und insbesondere auch aus Risikoaspekten und aus Aspekten der Personalentwicklung angezeigt ist, fließt in die Beurteilung neben der Erreichung quantitativer Ziele auch qualitative Leistung bzw. die Erreichung qualitativer Ziele ein.

Voraussetzung für die Ausschüttung einer Prämie ist

- a. Ein EGT von mindestens 0,53 % der Bilanzsumme, um eine ausreichende Innenfinanzierung zur Verbesserung der Eigenmittelausstattung sicherzustellen.
- b. Das Eigenkapital der Österreichischen Apothekerbank muss ausreichen um das aktivseitige (risikoschichtenspezifische) Wachstum mit so viel Eigenkapital zu unterlegen, dass die Eigenmittelquote (Verhältnis der Eigenmittel zur Bemessungsgrundlage) zumindest gleich bleibt, dass alle notwendigen und gebotenen Risikovorsorgen gebildet werden können, dass die Steuern und Abgaben geleistet wurden und dass eine angemessene Dividende (entsprechend der bisherigen Übung) an die Genossenschafter ausgeschüttet wird.

Die Vergütungspolitik und die –praktiken sind mit dem soliden und wirksamen Frühwarnsystem und Risikomanagement der Österreichischen Apothekerbank vereinbar, ist diesem förderlich und ermutigt nicht zur Übernahme von Risiken, die über das von dem Kreditinstitut tolerierte Maß hinausgehen.

Wien, im Dezember 2011